



Prof. Dr. Claudia Kemfert, Abteilungsleiterin in der Abteilung Energie, Verkehr, Umwelt am DIW Berlin
Der Beitrag gibt die Meinung der Autorin wieder.

EEG-Umlage: und jährlich grüßt das Murmeltier

Und jährlich grüßt das Murmeltier. Pünktlich Mitte Oktober wird die EEG-Umlage für das kommende Jahr verkündet. Dieses Jahr steigt sie weiter an, und Schuld an den hohen Kosten ist angeblich wieder einmal die Energiewende. Es werden Horrorszenarien mit völlig überhöhten Kosten an die Wand gemalt, die Energiewende verursache Kosten-Tsunamis und Blackouts. Es gäbe keine Stromleitungen, auch Speicher würden fehlen, und ohnehin machten wir uns lächerlich in Europa und der Welt, so der Vorwurf.

Fakt ist: Die erneuerbaren Energien werden immer billiger und sind nur in sehr geringem Umfang für die Umlagesteigerungen verantwortlich. Für die Erhöhung der EEG-Umlage gibt es zwei wesentliche Gründe: Zum einen errechnet sich die EEG-Umlage aus der Differenz der Vergütungen für erneuerbare Energien und dem Strompreis an der Börse. Je niedriger der Börsenpreis, desto höher also die Umlage. Der Börsenstrompreis wiederum ist gesunken, da neben den erneuerbaren Energien vor allem noch immer zu viele Kohlekraftwerke am Netz sind, die zu einem enormen Strom-Angebotsüberschuss führen. Der zweite Grund ist, dass viele Industrieunternehmen keine EEG-Umlage zahlen müssen, wodurch Privathaushalte unverhältnismäßig stark belastet werden. Diese Ausnahmen sollten eigentlich reduziert werden, das Gegenteil passiert jedoch. Die EEG-Umlage ist aus all diesen Gründen ein denkbar ungeeigneter Indikator für die Messung der Kosten der Energiewende. Fakt ist auch: Nicht die Energiewende macht den Strom teurer, sondern die vermurkste Umsetzung und das krampfhafteste Festhalten an Altem. Durch den politisch gewollten hohen Anteil an Kohlestrom werden überdimensionierte Stromnetze erforderlich, die den Strompreis weiter steigen lassen. Es ist so, als würde man alle Straßen in Deutschland so lange versuchen auszubauen, bis es keinen Stau mehr gibt – mit der Begründung, die vielen neuen Autos mit grünen Antrieben würden die Straßen verstopfen. Dabei sollte, um im Bild zu bleiben, eine Verkehrsoptimierung und -vermeidung angestrebt werden. Der Ausbau der Netze „bis zur letzten Kilowattstunde“ ist ineffizient und teuer.

Der völlig überdimensionierte Netzausbau, beschlossene Kohle-Subventionen und ein nicht stattfindender Kohleausstieg treiben die Strompreise hoch, ebenso wie die „Abwrackprämie“ für alte Kraftwerke. Die beschlossenen Ausschreibungen zur Förderung erneuerbarer Energien können die Kosten weiter erhöhen, aufgrund von vermehrten Transaktionskosten und Risikoaufschlägen. Ausschreibungen beschränken zudem die Akteursvielfalt, der Wettbewerb wird eher behindert. Der Strompreis wird aber bestimmt nicht durch einen Ausbaudeckel erneuerbarer Energien gesenkt werden können. Im Gegenteil. Eine Deckelung des Ausbaus erneuerbarer Energien führt lediglich dazu, dass Jobs und Wirtschaftskraft verlorengehen und die Ziele der Energiewende verfehlt werden.

Nicht die Energiewende ist teuer, sondern die Nicht-Energiewende. Durch die Energiewende werden Investitionen getätigt, die Wertschöpfung und Arbeitsplätze hervorbringen. Die Altlasten des vergangenen Energiesystems sind es, die Kosten-Tsunamis verursachen: der Rückbau der Atomkraftwerke, die Endlagerung des Atomabfalls, die Umwelt- und Gesundheitskosten der Kohlekraftwerke. Tatsächlich haben erneuerbare Energien schon in erheblichem Umfang konventionelle Kraftwerke ersetzt; heute könnten ohne Gefahr eines Blackouts alle Atomkraftwerke in Deutschland abgeschaltet werden.

Statt die EEG-Umlage zum Sündenbock für die Energiewende zu machen, sollte die Politik alles tun, um die Haushalte tatsächlich zu entlasten: Die niedrigen Börsenstrompreise sollten an die Verbraucher und Verbraucherinnen weiter gegeben werden. Doch dazu bedarf es mehr Entschlossenheit des Gesetzgebers. Ein konsequenter Kohleausstieg würde helfen, um den Börsenstrompreis zu stabilisieren, die Klimaziele zu erreichen und einen überdimensionierten Netzausbau zu verhindern. Man sollte auch auf Abwrackprämien für alte Kraftwerke verzichten.



DIW Berlin – Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung e.V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
T +49 30 897 89 -0
F +49 30 897 89 -200
83. Jahrgang

Herausgeberinnen und Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake
Prof. Dr. Tomaso Duso
Dr. Ferdinand Fichtner
Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.
Prof. Dr. Peter Haan
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Dr. Kati Krähnert
Prof. Dr. Lukas Menkhoff
Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.
Prof. Dr. Jürgen Schupp
Prof. Dr. C. Katharina Spieß
Prof. Dr. Gert G. Wagner

Chefredaktion

Sabine Fiedler
Dr. Gritje Hartmann
Dr. Wolf-Peter Schill

Redaktion

Renate Bogdanovic
Dr. Franziska Bremus
Prof. Dr. Christian Dreger
Sebastian Kollmann
Dr. Peter Krause
Ilka Müller
Mathilde Richter
Miranda Siegel
Dr. Alexander Zerrahn

Lektorat

Dr. Stefan Bach
Prof. Dr. Dorothea Schäfer

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 74
77649 Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. (01806) 14 00 50 25
20 Cent pro Anruf
ISSN 0012-1304
ISSN 1860-8787 (Online)

Gestaltung

Edenspiekermann

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit Quellen-
angabe und unter Zusendung eines
Belegexemplars an die Serviceabteilung
Kommunikation des DIW Berlin
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.